

Die Politik der Individualität: zur hegemonietheoretischen Kritik aktueller geschlechterpolitischer Diskurse

Thon, Christine

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Thon, C. (2011). Die Politik der Individualität: zur hegemonietheoretischen Kritik aktueller geschlechterpolitischer Diskurse. *GENDER - Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, 3(2), 114-128. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-395515>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Christine Thon

Die Politik der Individualität. Zur hegemonietheoretischen Kritik aktueller geschlechterpolitischer Diskurse

Zusammenfassung

Die Entpolitisierung, die im Kontext von Geschlechterpolitik häufig diagnostiziert wird, lässt sich differenzierter als eine Individualisierung des Politischen analysieren: Die Konstitution als politisches Subjekt erfolgt über das Modell einer individualisierten AkteurInnenschaft. Dies ist als hegemoniale Subjektivierungsform jedoch selbst ein Politikum und wirft die Frage nach alternativen Konzeptionen von Politik und ihren Subjekten auf. Am Beispiel der Diskurse über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie lässt sich aufzeigen, wie alternative Formierungen politischer Subjekte entwickelt werden könnten.

Schlüsselwörter

(Geschlechter-)Politik, Subjektivierung, Individualisierung, Hegemonie, Vereinbarkeit Beruf und Familie

Summary

Individuality politics. A critical commentary on recent discourses of gender politics from the perspective of hegemony theory

The decline in political awareness that is often observed in the field of gender politics can be analysed more precisely as an individualisation of the political: Subjects constitute themselves as political subjects according to the model of individualised agency. But this hegemonic formation of subjectivity is a political issue itself and raises the question of alternative concepts of politics and its subjects. Using the example of the discourse about the reconciliation of work and family life, it can be demonstrated how an alternative formation of political subjects could be developed.

Keywords

(Gender-)Politics, Subjectification, Individualisation, Hegemony, Reconciliation of Work and Family Life

1 Einleitung

„Diese Frauen werden die Gesellschaft wachrütteln.“ Auf wen könnte sich ein solcher Satz aus einer großen deutschsprachigen Frauenzeitschrift heute beziehen? Die Zeiten spektakulärer frauenpolitischer Kampagnen wie in den 1970er und 1980er Jahren scheinen vorbei zu sein. Ist also von engagierten Globalisierungskritikerinnen oder von Klimaschützerinnen die Rede, die für öffentlichkeitswirksame Aktionen persönliche Risiken eingehen, um auf weltweite soziale Schieflagen oder die Bedrohung durch den Klimawandel aufmerksam zu machen?

Nein, solche augenscheinlichen Manifestationen des Politischen sind hier nicht gemeint, dafür geht es tatsächlich um Geschlechterfragen. Das Zitat stammt von Jutta Allmendinger, Leiterin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, und bezieht sich auf die Ergebnisse der von ihr geleiteten Brigitte-Studie „Frauen auf dem Sprung“ (Brigitte.de 2008).

Was hat es mit dieser Studie auf sich, dass uns darin ein Aufwachen aus dem geschlechterpolitischen Dämmerndeschlaf prophezeit wird? Allmendinger und ihr Team haben unter der Fragestellung „Wie steht es um die Emanzipation?“ (Brigitte.de 2008) über 1 000 junge Frauen zwischen 17 und 19 und zwischen 27 und 29 Jahren zu unterschiedlichen Lebensbereichen und vor allem zu ihren Vorstellungen von ihrer Zukunft befragt. Als zentrales Charakteristikum der jungen Frauengeneration beschreibt die Autorin ein großes Selbstbewusstsein, das sich vor allem auf eine gute Ausbildung und das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten stützt (Allmendinger 2009). Die befragten Frauen stimmten mehrheitlich der Aussage zu, dass es „nur eine Frage der Zeit“ sei, „bis die Frauen die Männer im Beruf überholt“ (Brigitte.de 2008) hätten. In Bezug auf das Verhältnis von Familie und Beruf konstatiert Allmendinger: „Die Zeit des Entweder-Oder ist vorbei. Jetzt zählt das Und“ (Brigitte.de 2008). Die befragten Frauen wollten sich nicht mehr entscheiden, sondern beides miteinander vereinbaren, und setzten dabei ebenfalls auf ihre individuellen Fähigkeiten und den ‚richtigen‘ Partner, der sie darin unterstützt.

Allmendinger jedoch mahnt strukturelle Veränderungen an: „Arbeitgeber müssen sich auf sie einstellen und ihnen eine neue Balance zwischen Arbeit und Leben ermöglichen. Sonst bekommen sie die gut gebildeten Frauen nicht“ (Brigitte.de 2008). Das jedoch sei angesichts des zu erwartenden Fachkräftemangels unumgänglich – und genau darin besteht letztlich auch die Erschütterung des gesellschaftlichen Gefüges, das nach Allmendinger von den engagiert ihre persönlichen Ziele verfolgenden jungen Frauen ausgeht. Ihre Ansprüche rütteln die Gesellschaft wach, weil sie nicht mehr ignoriert werden können.

Dies scheint jedoch gerade nicht mit geschlechterpolitischem Sendungsbewusstsein verbunden zu sein; wenn die Brigitte-Studie eine Politisierung dieser Generation konstatiert, so bezieht sich das vor allem auf die angesichts der Folgen der Wirtschaftskrise gestiegene Bereitschaft, „an Unterschriftensammlungen, Streiks oder Herstellerboykotts teilzunehmen“ (Brigitte.de 2009).

Deutlicher wird in diesem Punkt eine Studie, die sich einer ähnlichen Altersgruppe zuwendet. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat Sinus Sociovision 2007 eine Untersuchung zu Lebensentwürfen, Rollenbildern und Einstellungen zur Gleichstellung bei 20-jährigen Frauen und Männern vorgelegt. Gegenüber expliziter Gleichstellungspolitik zeigten sich die befragten Frauen unter Verweis auf fehlende eigene Diskriminierungserfahrungen distanziert. Für die Realisierung von nicht eingelösten Gleichheitsversprechungen setzten sie vor allem auf das individuelle Durchsetzen von Rechten: „Heute – so ihre individualistische, libertäre Perspektive – ist jede einzelne Frau selbst dafür verantwortlich, ihr Recht in der Partnerschaft, in Beruf und Freizeit sowie im Umgang der Geschlechter miteinander durchzusetzen“ (BMFSFJ 2007: 9).

Solche Einschätzungen sind nicht neu und bestätigen sich unter unterschiedlichen theoretischen Vorzeichen und mit verschiedenen empirischen Zugängen immer wieder. Häufig werden sie als Diagnosen einer Entpolitisierung der jungen Generation präsentiert, zumindest der jungen Frauengeneration im Vergleich zu früheren, um Emanzipation kämpfenden Frauengenerationen. Um eine immer wieder benutzte Formulierung aufzugreifen: Nicht mehr das Private sei politisch, sondern das Politische sei privat geworden.

Dabei gerät jedoch allzu schnell aus dem Blick, dass das gewachsene Selbstbewusstsein junger Frauen und das Vertrauen auf prinzipielle Gleichberechtigung, die dem Glauben an individuelle Durchsetzbarkeit eigener Wünsche zugrunde liegt, als Ergebnisse gerade dieser Kämpfe um Emanzipation gesehen werden können. Auch werden mit Vergleichen zwischen ‚frauenbewegten‘ und ‚entpolitisierten‘ Frauengenerationen möglicherweise vorschnell sehr generationsspezifische und damit eben nicht verallgemeinerbare Formen von politischem Aktivismus, etwa der Neuen Sozialen Bewegungen, zum Standard erhoben. Was durch das unnachgiebige Festhalten an dieser Messlatte möglicherweise unsichtbar bleibt, soll dahingestellt bleiben; im Folgenden wird die vermutete Entpolitisierung durch Privatisierung des Politischen zunächst einmal differenzierter als eine Individualisierung des Politischen beschrieben. Diese Individualisierung von Geschlechterpolitik wiederum ist Teil einer spezifischen Formierung von Subjektivität, innerhalb derer sich Subjekte auch als politische Subjekte über eine individualisierte AkteurInnenschaft konstituieren. Diese These wird im ersten Teil des Beitrags ausgeführt.

Im zweiten Teil wird die Diagnose der Individualisierung des Politischen unter dem Aspekt betrachtet, was eigentlich unter dem ‚Politischen‘ zu verstehen ist. Wenn davon auszugehen ist, dass die Formierung von Subjektivitäten selbst immer schon ein Politikum ist beziehungsweise das Politische als Kampf um mögliche Subjektpositionen aufgefasst werden kann, ergeben sich daraus auch für Geschlechterpolitik weitreichende Konsequenzen. Politik müsste sich dann auch anders denken lassen als in Abhängigkeit von individualisierten AkteurInnen beziehungsweise ohne Individuen, die entweder aktiviert werden müssen, um Politik stattfinden lassen zu können, oder deren mangelnde Mobilisierbarkeit unweigerlich zu einem Scheitern ihrer ureigensten Anliegen führt.

2 Individualisierung des Politischen

Die Diagnose einer Individualisierung des Politischen im Zusammenhang von Geschlechterfragen wurde insbesondere im Kontext der Frage nach dem frauenpolitischen Engagement der jungen Frauengeneration immer wieder formuliert. Der Vorwurf, junge Frauen seien in Bezug auf Geschlechterfragen zunehmend unpolitisch, fordert Relativierungen und Differenzierungen heraus. So zeigen Studien wie „20-jährige Frauen und Männer heute“ (BMFSFJ 2007) oder auch die Brigitte-Studie, dass junge Frauen durchaus sensibel für Ungleichheit sind und deren strukturelle Bedingtheit wahrnehmen. Insbesondere an schlechterer Bezahlung und geringeren Karrierechancen von Frauen im Beruf wird Anstoß genommen. Hier wird auch das vorrangige Aufgabenfeld staatlicher Gleichstellungspolitik gesehen (BMFSFJ 2007: 19; Allmendinger 2009: 47). Es steht also zunächst nicht zur Disposition, dass Gleichheitsansprüche, gleiche Rechte etc. eine gesellschaftliche Grundlage sozialer Beziehungen darstellen und auf politischem Weg gewährleistet werden müssen.

Darüber hinaus lässt sich jedoch eine große Reserviertheit vor allem gegenüber explizit feministischer Politik beobachten. Das hat zum einen damit zu tun, dass die Artikulation entsprechender Standpunkte und Forderungen gesehen wird als Verknüpfung mit einem Opferstatus (vgl. Thon 2003: 116). Frauenpolitisches Engagement gilt

als ein Resultat unmittelbarer und persönlicher Diskriminierungserfahrungen, auf deren Fehlen junge Frauen häufig hinweisen, wenn sie ihre Distanz gegenüber feministischer Politik mit Aussagen wie „Ich fühle mich nicht diskriminiert“ begründen. Die Logik, die an dieser Stelle für junge Frauen eher zu greifen scheint, lässt sich zugespitzt in Formulierungen wie „Wer sich diskriminieren lässt, ist selbst schuld“ finden (vgl. Villa 2003: 273f.). Darin findet eine – mehr oder weniger radikale – Individualisierung von existierenden (und keineswegs geleugneten) ‚Ungleichheitsrisiken‘ und des Umgangs damit statt.

Damit werden „aus individuellen Erlebnissen von Geschlechterdifferenz [...] nicht (mehr) notwendigerweise kollektive Unrechts- und Ungleichheitserfahrungen“ (Villa 2003: 273), die eine Politisierung im Stil der Frauenbewegung fundieren könnten. An deren Stelle tritt etwas, das zum Teil als impliziter oder veralltäglichter Feminismus charakterisiert wird und im alltäglichen, aber auch wissenschaftlichen Diskurs unter Bezeichnungen wie ‚gestiegenes Selbstbewusstsein‘ und ‚Durchsetzungsfähigkeit‘ firmiert. Gemeinsam ist diesen Formen eines Kampfes um gleiche Rechte als Frau, dass es individualisierte Kämpfe sind – Kämpfe, in denen die gesellschaftlich als berechtigt anerkannten eigenen Ansprüche dennoch individuell durchgesetzt werden sollen. Villa spricht in diesem Zusammenhang vom Feminismus junger Frauen als einer „persönliche[n], individuelle[n] Angelegenheit zur Erhaltung der individuellen Würde“ (Villa 2003: 274). Allerdings muss sich dies nicht auf ein reines Engagement in eigener Sache beschränken; es sei vielmehr verbunden mit dem „Glaube(n) an die Reformierbarkeit dieser Gesellschaft durch das Vorleben individueller Alternativen“ (Hagel/Schuhmann 1994: 73, zit. nach Villa 2003: 274).

2.1 Individualisierte AkteurInnenschaft

Dies spiegelt sich auch in der Art und Weise, wie sich junge Frauen selbst als Akteurinnen von Veränderungen sozialer Verhältnisse konstruieren. Besonders gut lässt sich das im intergenerationalen Vergleich nachvollziehen. Die folgenden Ausführungen greifen auf empirische Rekonstruktionen biografischer Erzählungen von Frauen aus drei Generationen zurück, in denen insbesondere Wandlungsprozesse von Geschlechterverhältnissen fokussiert wurden (vgl. Thon 2008)¹.

Die eigene Akteurinnenschaft in Bezug auf diesen Wandel ist dabei sowohl bei Frauen, die sich explizit politisch betätigen, als auch bei solchen, die dies nicht tun, von großer Relevanz. Konkrete Kontexte für die Konstruktion von Akteurinnenschaft im Sinne der Veränderung von Geschlechterverhältnissen finden sich dort, wo die Geschlechterfrage als Politikum beziehungsweise als eine Frage hierarchischer Machtstrukturen gilt. Dies ist insbesondere im Zusammenhang mit der Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und mit der ‚Vereinbarkeitsproblematik‘ der Fall. Die Durchsetzung eigener Interessen in entsprechenden Konfliktfällen kann hier, ohne den Anspruch auf ein

1 Für die Studie „Frauenbewegung im Wandel der Generationen“ wurden biografische Interviews in Familien mit drei Frauengenerationen in direkter Linie erhoben, also jeweils mit Großmutter, Mutter und Tochter. Die Großmütter waren in den 1920er Jahren bis Mitte der 1930er Jahre geboren, die Mütter Ende 1940 bis Mitte der 1950er Jahre und die Töchter in den 1970er Jahren bis Anfang der 1980er Jahre. In den einzelnen Familien gab es unterschiedliche Bezüge zur Frauenbewegung, die von aktiver Involviertheit bis zu expliziter Distanzierung reichten.

politisches Handeln zu erheben, vor einem über die individuelle Situation hinausweisenden Horizont konstruiert werden. Eigene Strategien können als verallgemeinerbar und mit Folgen für andere Frauen verbunden dargestellt werden, wenn beispielsweise durch den Nachweis der eigenen Leistungsfähigkeit in Männerdomänen dort geltende Vorurteile gegen Frauen widerlegt werden können. Dem individuellen Handeln in Zusammenhängen struktureller Ungleichheit beziehungsweise der individuellen Durchsetzung von Rechten und Ansprüchen auf Gleichheit kann durchaus eine Tragweite zugewiesen werden, die über den Einzelfall hinausgeht und damit quasi-politisch ist (vgl. Thon 2008: 397ff.).

Dies lässt sich, wie auch Hagel/Schuhmann (Hagel/Schuhmann 1994: 73, zit. nach Villa 2003: 274) bemerken, mit dem Argument verbinden, dass sich auf breiter Ebene etwas ändern würde, wenn jede und jeder für sich etwas ändern würde. Es kann allerdings umgekehrt auch mit dem Hinweis verbunden sein, dass man nicht das Recht hat, von anderen Gleichbehandlung einzufordern, wenn man selbst nicht in der Lage ist, gleichen Ehrgeiz, gleiche Leistung, Fähigkeiten etc. unter Beweis zu stellen. Die Beweislast für den Anspruch auf Gleichheit, dessen Berechtigung zunächst an die eigene, der männlichen Norm entsprechende Leistungsfähigkeit gebunden wird, liegt also bei der jeweiligen Frau – ebenso wie das Risiko des Scheiterns.

Die Individualisierung des Politischen ist insbesondere im Zusammenhang mit der Geschlechterfrage in einem weiteren Kontext zu sehen, nämlich im Kontext der Etablierung individualisierter AkteurInnenschaft als einer generellen Logik biografischer Selbstkonstruktionen. Beim Vergleich autobiografischer Stegreiferzählungen von Frauen über Generationen hinweg (vgl. Thon 2008) lässt sich feststellen, dass die Konstruktion biografischer Handlungsfähigkeit insgesamt zunehmend zu einer individualisierten wird. Dies betrifft auch andere biografische Kontexte als die, in denen sich die Erzählerinnen als Akteurinnen sozialen Wandels oder gar als politisch Handelnde konstruieren.

Im Vergleich von Biografiekonstruktionen von Frauen verschiedener Generationen lassen sich Veränderungen in der Konstruktionslogik biografischer Handlungsfähigkeit vor allem an zwei Punkten festmachen. Zum einen etabliert sich mit der wachsenden Bildungs- und Erwerbsbeteiligung von Frauen die Berufstätigkeit als eine Art Garant biografischer Handlungsfähigkeit. Während im Bereich des familiären Zusammenlebens nahezu generationsübergreifend Eigendynamiken am Werk zu sein scheinen, die die Übernahme von Verantwortung für andere – insbesondere Kinder und pflegebedürftige Angehörige – zum Automatismus werden und Abhängigkeitsverhältnisse entstehen lassen, wächst das Autonomiepotenzial, das mit der Berufstätigkeit verbunden wird, von Generation zu Generation. Für die älteste und auch noch die mittlere der untersuchten drei Generationen ist die Aufnahme einer Berufstätigkeit eine Strategie, um unbefriedigenden oder krisenhaften familiären Situationen zu entkommen und Handlungsfähigkeit (zurück-)zugewinnen. Ab der mittleren und verstärkt in der jüngsten Generation ist Berufstätigkeit ein eigenes biografisches Projekt; es kommt geradezu zu einer ‚Verberuflichung‘ von Biografien. Die eigene Erwerbstätigkeit inklusive eigenständiger ökonomischer Absicherung ist nicht mehr für den ‚Notfall‘ unbefriedigender Entwicklungen in Partnerschaft und Familie gedacht, sondern bildet die Basis für eine Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe. Insofern steht hier von vornherein ein Potenzial biografischer

Handlungsfähigkeit zur Verfügung, das unmittelbar an die eigene Person gebunden und damit zugleich individualisiert und individualisierend ist (vgl. Thon 2008: 265ff.).²

Ein zweiter Aspekt, an dem sich eine veränderte Konstruktionslogik biografischer AkteurInnenschaft zeigt, ist ein über die Generationen hinweg angewachsener Anspruch auf die Selbstbestimmtheit von Lebensentscheidungen, der sich in erster Linie gegen normative Vorgaben richtet. Schon in der mittleren und in besonderem Maß in der jüngsten Generation finden explizite Auseinandersetzungen vor allem um Fragen der Lebensform statt, die den Anspruch demonstrieren, bewusste und reflektierte individuelle Entscheidungen zu treffen, in denen Normen entweder zurückgewiesen oder affirmiert werden. Dabei geht es nicht nur darum, Normen als solche zu relativieren; entscheidend ist hier, dass sich die jeweilige Erzählerin als diejenige Instanz behauptet, die eine autonome Wahl zwischen verschiedenen Optionen trifft. Inhaltlich stehen die entsprechenden Normen damit gar nicht mehr unbedingt zur Debatte, sodass es auch zu einer unkritischen Reproduktion kommen kann – mit dem Unterschied, dass das Einlösen der Norm als ein Akt der Unabhängigkeit und Manifestation von Individualität dargestellt wird. Auch hier ist also Individualität zugleich Maßstab und Fluchtpunkt von AkteurInnenschaft (vgl. Thon 2008: 149ff.).

Im Kontext dieser generellen Individualisierung von AkteurInnenschaft bekommt die Individualisierung des Politischen eine Tragweite, der nur mit einem begrifflichen Instrumentarium beizukommen ist, das die Formierung von Subjektivität(en) und ein Konzept des Politischen zusammenbringt.

2.2 Individualisierung als hegemoniale Subjektivierungsform

Einen ersten Hinweis auf einen dafür geeigneten Ansatz gibt Paula-Irene Villa, wenn sie im Zusammenhang ihrer Diagnose der Individualisierung von Geschlechterpolitik davon spricht, dass „die Individualisierungsthese [...] – in ihrer feuilletonistisch simplifizierten Form – hegemonial geworden“ sei (Villa 2003: 273). Das Konzept kultureller Hegemonien, wie es von Antonio Gramsci formuliert und insbesondere von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (2006) diskursanalytisch weitergeführt wurde, greift den Zusammenhang zwischen Subjektivierung und Politik auf. Insofern geht das Konzept über die von Villa formulierte These einer Hegemonie der Individualisierungsthese hinaus, da nicht nur Deutungspraxen sozialer Realität, sondern Formierungen von Subjektivität Gegenstand von Hegemonialisierungen sind.

Nach Laclau/Mouffe legt ein hegemonialer Diskurs fest, was mögliche Subjektivitäten sind; er weist bestimmten Identitäten Legitimität und Intelligibilität zu und verleiht ihnen universelle Gültigkeit – was gleichzeitig den Ausschluss anderer Identitäten bedeutet (vgl. Laclau/Mouffe 2006: 152ff., 175ff.; Reckwitz 2008: 70). Das ist per se schon ein Politikum, doch im Hinblick auf die Frage nach der Konstituierung politischer Subjekte ergibt sich hier noch eine Zuspitzung: Die Definition möglicher Subjektivitäten umfasst auch die bestehenden Möglichkeiten, ein *politisches* Subjekt zu sein. Es geht dabei nicht um Einstellungen, Haltungen, Bewusstsein oder dergleichen,

2 Im Unterschied dazu gibt es in den Erzählungen aus der Großmüttergeneration Konstruktionen von Handlungsfähigkeit, die nicht an individuelle TrägerInnen, sondern an Kollektive (Familie, Dorfgemeinschaft) oder an bestimmte bereichsspezifische Funktionen einer Person, nicht an ihre individuellen Fähigkeiten, Eigenschaften, Werdegang etc., gebunden sind.

sondern um bestimmte Formen des Politisch-Seins als Bestandteil von Subjektivität. So wird auch die Position eines politischen Subjekts entzifferbar als ein Effekt von um die Vorherrschaft konkurrierenden Diskursen. Offensichtlich ist in den aktuell hegemonialen Diskursen zumindest im Zusammenhang von Geschlechterpolitik in erster Linie ein politisches Subjekt vorgesehen, das sich darüber konstituiert, seine persönlichen Interessen und Ansprüche individuell zu vertreten und durchzusetzen. Folgt man der Analyse von Andreas Reckwitz (2004: 33ff.), so lässt sich dies in einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem gegenwärtig dominierenden Verständnis von Politik bringen. Das individualisierte politische Subjekt kann als Element eines aktuell hegemonialen liberalistischen Politikverständnisses gelesen werden. So auch Chantal Mouffe: „Im liberalen Szenario werden politische Akteure als rationale Individuen betrachtet, die nur in ihrem Eigeninteresse handeln – bestenfalls eingeschränkt durch Moralität. Das von Leidenschaften gesäuberte Reich der Politik wird als Feld konkurrierender Interessen konzipiert“ (Mouffe 2007: 42). Dies scheint jedoch Praktiken politischer Einnischung stellenweise geradezu ad absurdum zu führen: Da das individualisierte politische Subjekt seine Interessen aus eigener Kraft und nach Möglichkeit auf unmittelbarem Weg verfolgt, ist die Vermittlung und Vertretung dieser Interessen in einer politischen Öffentlichkeit nur eine von mehreren Möglichkeiten, die genauso gut ‚abgewählt‘ oder umgangen werden kann – was wiederum das Bestehen gerade eines demokratischen, auf Partizipation angewiesenen Gemeinwesens gefährdet.³ Dass das Modell eines individualisierten politischen Subjekts, so selbstverständlich es heute erscheinen mag, historisch kontingent ist, wird schnell deutlich, beispielsweise im Blick auf die Neuen Sozialen Bewegungen, insbesondere auch die Neue Frauenbewegung. An Biografien feministischer Aktivistinnen lässt sich zeigen, dass hier eine Konstituierung als politisches Subjekt über das kollektive Eröffnen gegenkultureller Räume und Erproben alternativer Praxen von großer Bedeutung war (vgl. Thon 2008: 356ff.).

Dagegen ist es in Prognosen wie denen der Brigitte-Studie über bevorstehende Erdbeben im Geschlechterverhältnis gerade das rein individuelle Handeln, das persönliche Selbstbewusstsein, die Durchsetzung von Interessen auf eigene Rechnung, das die „Gesellschaft wachrütteln“ werde – ohne überhaupt auf der Ebene politischer Vermittlung anzusetzen. Die Bildung von Mehrheiten oder die Herbeiführung von so etwas wie Gemeinwohl braucht in diesem Modell keine Ebene der politischen Vermittlung mehr, weil ein direkter Weg von Ansprüchen und deren Durchsetzung zur gesellschaftlichen Veränderung gedacht wird. Der Subtext ist dabei letztendlich, dass alles durch den Markt geregelt wird; bei Allmendinger ist es die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften, worin die Macht der jungen Frauen besteht. Sie haben das zu bieten, was Arbeitgeber anderswo nicht mehr bekommen können. Derartige Prognosen sind nach feministischem Verständnis bestens geeignet, um bestehende Machtmechanismen zu verschleiern.

3 Umgekehrt wird daran deutlich, dass auch in Diagnosen der Entpolitisierung implizit Definitionen des politischen Subjekts als individualisiertes, rational im eigenen Interesse handelndes vorausgesetzt werden, die mit den beschriebenen hegemonialen Diskursen im Zusammenhang stehen.

3 Das Politische und seine Subjekte

Wenn man nun die gegenwärtige Formierung politischer Subjektivität als die einer individualisierten AkteurInnenschaft entziffert und etwa mit Reckwitz oder Mouffe das individualisierte politische Subjekt als Teil des hegemonialen liberalistischen Politikverständnisses analysiert, tun sich für die Möglichkeit von Politik im Allgemeinen und von Geschlechterpolitik im Besonderen weitreichende Fragen auf: Was bedeutet es für das Verständnis von Politik, wenn man das politische Subjekt als individualisierte politische Akteurin auf diese Weise als einen Effekt zeitgenössischer Subjektdiskurse dekonstruiert? Wo ist dann das Politische zu suchen, wenn nicht bei auf bestimmte Weise handelnden, sich engagierenden, ihre Interessen öffentlich vertretenden, partizipierenden Subjekten?

Dass ihr sozusagen ihr Subjekt abhanden kommt, ist nun gerade für feministische Politik nichts Neues. In den 1990er Jahren hat die dekonstruktivistische Kritik an feministischer Identitätspolitik deren Subjekt, ‚die Frau‘ oder ‚Wir Frauen‘, als essentialisierend überführt und darauf verwiesen, dass mit derartigen Identifizierungen immer gleichzeitig Ausgrenzungen verbunden sind (vgl. im Anschluss an Butler stellvertretend Hark 1996: 14ff.; Plöber 2005: 109ff.). Die vielstimmige Diskussion darüber, wie angesichts dessen Geschlechterpolitik aussehen sollte, kann an dieser Stelle nicht aufgegriffen werden; wichtig für die Fragestellung, um die es hier gehen soll, sind jedoch die in dieser Diskussion immer wieder formulierten Befürchtungen oder gar Vorwürfe, postmoderne Ansätze seien zwar „intellektuell außerordentlich anregend, doch weitgehend entpolitisiert“ (Holland-Cunz 2003: 167f.). Ein derartiger Vorbehalt unterstellt, dass Politik nur mit einem ‚starken‘ Subjekt möglich ist, dass politisches Handeln souveräne oder nach Souveränität strebende, mit sich identische oder Identität erlangende, sich ihrer Interessen bewusste etc. Individuen voraussetzt. Selbst dort, wo das Subjekt feministischer Politik als ein Kollektiv (‚Wir Frauen‘) gedacht wird, scheint sich dieses aus reflektierten und identifizierten Individuen zusammensetzen.

Wo hingegen Subjektivität als Unterworfensein unter machtvolle Formen der Hervorbringung von Identitäten verstanden wird, gibt es dennoch Konzepte eines politischen Handelns der als dezentriert und fragmentiert gedachten Subjekte. Als Alternative zur feministischen Identitätspolitik werden wechselnde Bündnisse und die Strategie der Resignifikation vorgeschlagen. Letztere zielt auf eine Veruneindeutigung hegemonialer Geschlechternormen durch gezielt ‚falsches‘ Zitieren der Norm, das deren Kontingenz sichtbar macht. Gerade die Strategie der Resignifikation erweist sich jedoch als äußerst anspruchsvoll, was die sie ausführenden Subjekte angeht: „Wiewohl die Widerstandsform der Umdeutung als eine Strategie entworfen wird, die *kein* autonomes und intentionales Subjekt voraussetzt, wird bei näherer Betrachtung schnell deutlich, dass die resignifizierende Praxis nur von einem souveränen Subjekt mobilisiert werden kann“ (Plöber 2005: 150).

Diejenigen, die dekonstruktivistischen Ansätzen Entpolitisierungstendenzen vorwerfen, und diejenigen, die auf der Basis solcher Ansätze die beschriebenen Konzepte politischen Handelns vertreten, haben also überraschenderweise eines gemeinsam: Beide machen die Möglichkeit von Politik letztlich an der Möglichkeit individueller Subjekte fest, aus sich heraus im individuellen Interesse widerständig zu sein und politisch

zu handeln. Dies folgt im Wesentlichen einer ähnlichen Logik wie die beschriebenen Prozesse der Individualisierung von insbesondere politischer AkteurInnenschaft.

Da diese Logik angesichts der in Abschnitt 1 dargestellten Zusammenhänge schnell an ihre Grenzen stößt, drängt sich eine andere Perspektive auf: Die eigentliche Frage ist damit nicht mehr so sehr, wovon Gefahren der Entpolitisierung ausgehen. Es ist vielmehr grundsätzlich zu fragen, wie das Verhältnis zwischen Politik und Subjekt gedacht werden kann, ohne von vornherein immer das Subjekt in seiner unterstellten Widerständigkeit und mit seinen individuellen Interessen als Ausgangspunkt von Politik zu betrachten. Wie könnte also diese Form der Subjektzentrierung im Nachdenken über Politik aufgelöst werden?

Im Folgenden soll in Anlehnung an hegemonietheoretische Ansätze ein alternatives Modell eines Zusammenhangs von Politik und Subjektivität konstruiert werden, das auf Projektionen vor allem individualisierter politischer AkteurInnenschaft verzichten kann. Zunächst soll dazu aufgezeigt werden, inwiefern auch dann, wenn Politik als nicht an ein souveränes Subjekt gebunden verstanden wird, doch ein enger Zusammenhang zwischen Politik und Subjektivität zugrunde gelegt werden kann: Subjekte sind insofern immer ‚politisch‘, als Subjektivität Gegenstand von Politik ist. Dies soll in einem ersten Schritt erläutert werden. In einem zweiten Schritt soll diese „Politizität von Subjektivität“ (Bünger 2007: 171) jedoch keineswegs in eine Vorstellung einer automatischen Politisierbarkeit von Subjekten überführt werden. Vielmehr soll im Rahmen eines hegemonietheoretischen Ansatzes gezeigt werden, inwiefern ‚das Politische‘ als Produkt nicht von aus sich selbst heraus widerständigen und damit mehr oder weniger ‚starken‘ Subjekten, sondern als – verborgene und an bestimmten Stellen aufbrechende – Kontingenz von Subjektivitäten verstanden werden kann.

3.1 „Politizität von Subjektivität“⁴

Eine Dekonstruktion des individualisierten politischen Subjekts führt, wie bereits deutlich geworden ist, nicht dazu, dass der Zusammenhang von Politik und Subjektivität zu trennen wäre. Ganz im Gegenteil: „[D]em konkreten Konstitutionsprozess von Subjektivität [ist] eine je spezifische Politizität bereits inhärent [...], da sich die Selbstverhältnisse der Subjekte ebenso vorangegangenen politischen Kämpfen verdanken wie sie deren Widersprüche und Verstrickungen in gegenwärtige gesellschaftliche Krisenlagen verinnerlicht haben und zum Ausdruck bringen“ (Bünger 2007: 171). Auch in Andreas Reckwitz' Lesart der Hegemonietheorie von Laclau/Mouffe lässt sich das Politische schon in der Subjektivierung selbst verorten. Kulturelle Hegemonien werden hier als dominante, gesellschaftlich weitgehend geteilte und kaum hinterfragbare Festschreibungen von Subjektpositionen und damit verbundenen sozialen Praxen verstanden. Eine derartige Definition möglicher Subjektpositionen durch hegemoniale Diskurse und der Ausschluss von Alternativen sind als etwas eminent Politisches zu betrachten (vgl. Reckwitz 2008: 70).

Dabei kann die Legitimität und Alternativlosigkeit entsprechender Identitäten zwar als Effekt von Machtwirkungen beschrieben werden. Vordergründig basiert sie jedoch in erster Linie auf ihrer Attraktivität; die entsprechenden Identitäten erscheinen in jedem

4 Bünger 2007.

Fall vielversprechend und wünschenswert. Damit lässt sich das ‚Funktionieren‘ gerade von Geschlechtsidentitäten anders erklären als über Unterdrückungszusammenhänge; die häufig formulierte Zurückweisung von ‚Diskriminierungserfahrung‘ im Kontext der Frage nach der Notwendigkeit geschlechterpolitischen Engagements ist ein Hinweis darauf. Die Produktivität hegemonialer Geschlechtsidentitäten für die Herstellung von Individualität scheint im Normalfall von größerer Relevanz zu sein als ihre Repressivität.

Die Attraktivität und Alternativlosigkeit hegemonialer Identitäten lässt sich am Beispiel der Vereinbarkeitsfrage veranschaulichen, wie sie in der Brigitte-Studie verhandelt wird. Familie und Beruf zu vereinbaren, gilt jungen Frauen als ein trotz aller Probleme lohnenswertes Ziel, das auch kaum mehr einer Rechtfertigung bedarf. Auch wenn das „Und“ anstelle des „Entweder – Oder“ (Brigitte.de 2009) immer wieder als ein relativ neues Phänomen präsentiert wird, so ist doch das Modell ein weithin geteiltes und akzeptiertes. Es wird sogar von jungen Frauen erwartet, dass sie sich in beide Richtungen orientieren und in beiden Bereichen alles realisieren, was die Begrenzung durch den jeweils anderen Bereich zulässt, und dabei erfolgreiche Vereinbarkeitsarbeit leisten. Die Bedeutung dieses Modells zeigt sich schon in der selbstverständlichen Antizipation von Vereinbarkeitsproblemen in Berufsfindungsprozessen junger Frauen, auf die etwa die Studie über Statuspassagen junger Frauen von Lemmermöhle et al. (2006) hinweist.

So selbstverständlich das Modell der Beruf und Familie vereinbarenden Frau ist, so alternativlos ist es gleichzeitig und schließt andere Positionierungen aus. Die Identität einer Familienernährerin und Feierabend- und Wochenendmutter nach männlichem Modell etwa ist im Diskurs nicht vorgesehen. Die Option, Kinder zu haben und dabei die eigene Familienorientierung fast ausschließlich durch die Übernahme finanzieller Verantwortung zu realisieren, ansonsten aber von Aufgaben der Kindererziehung und Versorgung des Haushalts entlastet zu sein, ist für Frauen nicht von Bedeutung. Anders gesagt: Eine solche diskursive Formierung von Mütterlichkeit existiert nicht (was nicht heißt, dass es de facto solche Arrangements nicht gibt, aber dann sind sie vermutlich mit einem hohen legitimatorischen Aufwand verbunden). Umgekehrt ist die Familienernährerposition für junge Männer nach wie vor ein bedeutender Horizont, der die Antizipation ihres Erwachsenenlebens bestimmt – so zeigen es zumindest empirische Studien (vgl. BMFSFJ 2007; Bertelsmann Stiftung 2008). Das Bröckeln traditioneller Vaterschaftskonstruktionen in Form des Auftauchens ‚neuer‘ oder ‚aktiver‘ Väter lässt die Position des für das ökonomische Auskommen der Familie Hauptverantwortlichen in der Regel unangetastet.

Dennoch ist davon auszugehen, dass es bei solchen Festlegungen nicht bleiben muss; allein die Debatten rund um die neue Elterngeldregelung oder exotisierende Darstellungen von Vollzeitvätern in den Medien zeigen, dass die Dinge in Bewegung sind. Bestimmte alternative Subjektpositionen sind offensichtlich nicht vollkommen außerhalb einer diskursiven Verfügbarkeit. Dass dies nicht automatisch bestimmte ‚politisch aktive‘ Subjekte voraussetzt, denen eine individuelle Interessenlage oder innere Widerständigkeit als Ausgangspunkt für solche Entwicklungen unterstellt werden muss, lässt sich wiederum mit Laclau/Mouffe durchbuchstabieren.

3.2 Politisierung von Subjektivität?

Dazu ist zunächst einmal zu klären, welches Verständnis des Politischen einem Konzept zugrunde gelegt werden kann, das ohne die Projektion individualisierter politischer Subjekte auskommt. Dieses Verständnis lässt sich ebenfalls über den Hegemoniebegriff entfalten.

Laclau/Mouffe machen deutlich, dass Hegemonien trotz ihrer manifesten Machtwirkungen immer nur Versuche sind, die grundlegende Kontingenz und Konflikthaftigkeit des Sozialen stillzustellen. Hegemonien bleiben damit stets umkämpft und instabil. Wo sich nun die Kontingenz von bislang als alternativlos geltenden Subjektpositionen plötzlich zeigt, siedeln Laclau/Mouffe die Sphäre des Politischen im engeren Sinne an. Dort können Veränderungen beginnen, die zum Kampf um neue Hegemonien führen. Zentral ist hierfür der Begriff des Antagonismus. Hegemoniale Positionen beanspruchen Universalität, stellen diese aber her, indem sie sich von einem radikal Anderen, Verworfenen, nicht Intelligiblen abgrenzen. Dieses Derrida'sche konstitutive Außen untergräbt zugleich die Universalität des Hegemonialen, weil daran offensichtlich wird, dass es eben doch noch etwas außerhalb des allein Möglichen gibt. Wo solche Antagonismen aufbrechen, wird Kontingenz sichtbar und werden Alternativen denkbar (vgl. Laclau/Mouffe 2006: 161ff.; Reckwitz 2008: 77ff.).

Dadurch muss es nicht notwendigerweise zu einer Etablierung neuer Hegemonien kommen. Ebenso ist eine ‚Eingemeindung‘ von Positionen möglich, die zunächst im Gegensatz zur hegemonialen Position stehen. Wenn beispielsweise die Brigitte-Studie konstatiert, dass jungen Frauen Beruf und ökonomische Eigenständigkeit so wichtig sind, so könnte daraus die Konsequenz gezogen werden, dass eine gleiche Verteilung von Reproduktionsarbeit zwischen Männern und Frauen notwendig ist. Das Neue an der gefeierten neuen Frauengeneration beschränkt sich jedoch darauf, dass das alte Vereinbarkeitsproblem mit größerem Selbstbewusstsein angegangen wird – eine leichte Veränderung der bisher hegemonialen weiblichen Position, die für die hegemoniale männliche Position weitgehend folgenlos und für das gesamte System durchaus funktional ist. Das Beispiel der Brigitte-Studie und des darin aufscheinenden Vereinbarkeitstraditionalismus macht deutlich, wie schwer ein Ankommen gegen kulturelle Hegemonien ist und wie sehr es von bestehenden Machtverhältnissen abhängt.

Andererseits machen Reaktionen auf die Brigitte-Studie, wie sie etwa in den Diskussionsforen auf der dazugehörigen Webseite (Brigitte.de 2008) nachzulesen sind, sehr deutlich, dass die Diagnosen der Studie selbst ein Politikum sind. Sie fordern etwa den Einspruch, dass mit größerem Selbstbewusstsein allein noch nicht viel gewonnen ist, geradezu heraus. Mit dem Anspruch auf Deutungshoheit, der in der Präsentation der Studie verfolgt wird, ist ein sehr offensichtlicher Versuch von Hegemonialisierung, von Festschreibung angeblich ‚neuer‘ Identitäten verbunden – der wiederum andere Ansprüche auf Definitionsmacht und andere Lesarten von Realität auf den Plan ruft. Insofern ist hier dennoch ein politischer Prozess im Gang. Daran beteiligte Subjekte müssen jedoch nicht als individualisierte AkteurInnen verstanden werden, die souverän und nach Maßgabe ihrer persönlichen Ansprüche und Kompetenzen und im Hinblick auf das angesichts struktureller Gegebenheiten Machbare (oder Veränderbare) zwischen der einen oder der anderen Subjektposition wählen. Sie sind vielmehr zunächst selbst Gegenstand

von Politik: Stets damit beschäftigt, überhaupt intelligible Subjekte zu sein, stehen sie beständig als solche auf dem Spiel – es geht immer darum, wer man sein kann. Sich selbst als souveränes, kompetentes, zwischen verschiedenen Optionen wählendes Individuum hervorzubringen, ist dabei eine zentrale Maßgabe und eine hohe Anforderung. Gerade Geschlechterfragen erweisen sich als Prüfstein dafür, da mit der traditionell den ‚weiblichen‘ Subjektivitäten verbundenen Übernahme von Verantwortung für andere eine Einbuße an Individualität und Autonomie verbunden ist.

Um den Anforderungen nachzukommen, in diesem Spannungsfeld ein ‚Individuum‘ zu sein, müssen Subjekte wiederholt Antagonismen bearbeiten. Es gibt immer wieder Situationen, in denen Subjekte mit den verfügbaren Identitätsangeboten sozusagen nicht zurande kommen. Wo Antagonismen aufbrechen und Kontingenz sichtbar wird, ist jedoch nach Laclau/Mouffe das Politische zu verorten. Subjekte sind darin in ihrem Bemühen, bestimmte Identitäten herzustellen, unweigerlich in das Politische involviert, so distanziert sie gegenüber Politik im landläufigen Sinne auch sein mögen, und sie nehmen auch auf diese Prozesse Einfluss, ob sie wollen oder nicht.

Die entscheidende Frage ist hier jedoch, ob es an Punkten, an denen Antagonismen aufbrechen und bearbeitet werden müssen, auch zu Kämpfen um neue Hegemonien kommt. Reckwitz beschreibt einen entsprechenden Prozess folgendermaßen:

„Die Festlegungen von Sinn und Identität, vor allem in hegemonialen Projekten, erweisen sich hier tatsächlich als das Ergebnis kontingenter Entscheidungen, die immer auch anders ausfallen könnten. Das Politische taucht damit in Prozessen der Politisierung von Subjektformen – etwa in kulturellen Gegenbewegungen – auf, in denen die Kontingenz gesellschaftlicher Sinnfixierungen von Identitäten aufgedeckt und mit Alternativen konfrontiert wird“ (Reckwitz 2008: 79f.).

An dieser Lesart des Modells von Laclau/Mouffe wird zweierlei deutlich: TrägerInnen und Ausgangspunkte von Kämpfen um Hegemonie sind nicht in erster Linie individuell handelnde, individuelle Interessen verfolgende, aus sich selbst heraus widerständige oder gegen ihre Unterdrückung revoltierende Subjekte. Die Kontingenz bestehender Realitäten selbst ist es, von deren Sichtbarwerden Veränderungen ausgehen. Diese sozusagen ent-individualisierte Auffassung von Politik setzt kein souveränes, kompetentes, bewusstes, partizipierendes oder gar in irgendeiner Form heroisches Subjekt voraus – das ja selbst nichts anderes als ein Effekt herrschaftsförmiger Subjektivierungen sein kann.

Wichtig ist in der Formulierung von Reckwitz zudem, dass nicht etwa von einer Politisierung von Subjekten oder gar Individuen die Rede ist, sondern von einer „Politisierung von Subjektformen“ (Reckwitz 2008: 79). Damit sind wiederum zwei Aspekte angesprochen: Eine Politisierung von Subjektivität findet zum einen dann statt, wenn die hegemoniale Formierung von Subjektivität als Individualität in dem oben beschriebenen Sinne als kontingent überführt werden kann und damit ein erneutes Ringen um Subjektformen möglich wird. Erst dann können, und das ist der zweite Aspekt, Positionierungen zum Zuge kommen, die eine Form von Politisierung zulassen, die über die Selbstkonstituierung als politisches Subjekt in Form einer individualisierten AkteurInnenschaft hinausgehen. Die hegemoniale Formierung von ‚Politisch-Sein‘ als individuelle Vertretung eigener Interessen – das Modell, das Realitätskonstruktionen wie dem eingangs zitierten „Diese Frauen werden die Gesellschaft wachrütteln“ zugrunde liegt – muss dazu überwunden werden.

4 Schluss: Ent-individualisierte Politisierung am Beispiel der ‚Vereinbarkeitsproblematik‘

Die Notwendigkeit einer tatsächlichen Politisierung von Subjektivität betrifft nicht nur unter anderem auch Geschlechterfragen, sondern letztere sind geradezu prädestiniert, um die Kontingenz des Modells individualisierter AkteurInnenschaft und die darin verdeckten Antagonismen sichtbar zu machen. Gerade das Verhältnis zwischen Individualisierung und einer ‚weiblichen‘ Positionierung, die nach wie vor mit traditionellen Zuständigkeiten innerhalb der gesellschaftlichen Verteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit verbunden ist, ist spannungsreich bis prekär. ‚Weibliche‘ Zuständigkeiten sind sozusagen ein Hemmnis für Individualisierung, wie es im Prinzip schon die Ausführungen der „unvollständigen“ Individualisierung von Frauen bei Elisabeth Beck-Gernsheim (1983) implizieren. Die viel zitierte Vereinbarkeitsproblematik entsteht ja gerade daraus, dass Frauen eben nicht denjenigen eigenen Interessen folgen, die für moderne Individualität als angemessen gelten – Unabhängigkeit, Selbstverwirklichung, beruflicher Erfolg etc. –, sondern hier zugunsten anderer – Kinder, Partner, pflegebedürftige Angehörige – ‚zurückstecken‘. Selbst wenn nun ein entsprechendes Arrangement und die daraus entstehende Doppel- und Dreifachbelastung in individualisierungsgläubiger Manier als Produkt einer eigenen Interessen orientierten Entscheidung gelabelt werden, so treffen hier doch nicht nur Unvereinbarkeiten von Arbeitsbedingungen und -anforderungen, sondern Unvereinbarkeiten von mehr und vor allem weniger ‚individualisierten‘ Subjektpositionen aufeinander. Antagonismen treten eigentlich spätestens dort offen zutage, wo Väter ständig den lebenden Beweis liefern, dass man durchaus Karriere und Familie gleichzeitig haben kann (sofern sich jemand findet, der für die Entlastung von alltäglichen Pflichten sorgt), und für Frauen diese Option unmöglich, das radikal verworfene Andere bleibt.

Das Aufspüren solcher Antagonismen bietet Ansätze für Kritik, indem, um es noch einmal mit Reckwitz zu sagen, „die Kontingenz gesellschaftlicher Sinnfixierungen von Identitäten aufgedeckt und mit Alternativen konfrontiert wird“ (Reckwitz 2008: 79f.). Dass die Sichtbarmachung ausgeschlossener Subjektpositionen ein Ausgangspunkt sein kann, um Alternativen zu entwickeln, haben kulturelle Bewegungen wie die Frauenbewegung immer wieder gezeigt.

Um hinsichtlich der Verteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit etwas ‚in Bewegung zu bringen‘, darf dieses Anliegen nicht länger entlang des hegemonialen Diskurses als ‚Vereinbarkeitsproblem‘ diskutiert werden, das vorwiegend als Problem Einzelner individuell zu lösen ist und zu dessen Bewältigung den Individuen maximal etwa bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder flexiblere Arbeitszeiten zur Verfügung gestellt werden können. Es müssen vielmehr Antagonismen aufgegriffen werden, die die dominanten Väterlichkeits- und Mütterlichkeitsnormen in Frage stellen und ihre kulturelle Gebundenheit vor Augen führen. Abweichungen von diesen Normen können Richtungen aufzeigen, in denen bislang Undenkbares praktikierbar wird. Gelegenheiten dazu sind derzeit reichlich vorhanden: Durch Verschiebungen der strukturellen Rahmenbedingungen von Elternschaft entstehen Spielräume von Uneindeutigkeit. Es kommt nun darauf an, diese anders zu besetzen und mit Bedeutung zu versehen, als

es bisherigen Normen und vor allem dem hegemonialen Programm der individuellen Bewältigung damit verbundener Herausforderungen entspricht.

Dabei ist es nicht damit getan, Einzelne zu beispielhaften ProtagonistInnen neuer Trends zu stilisieren, wie das etwa im Zusammenhang von Themen wie Väter in Elternzeit oder Mütter und Karriere häufig geschieht. Hier muss die Logik der individualisierten AkteurInnenschaft verlassen werden, die lediglich darauf verweist, wie vorbildliche ProtagonistInnen es selbstbewusst schaffen, ‚alles unter einen Hut zu bringen‘ und ihre Ansprüche durchzusetzen. Was gemeinhin als ‚Vereinbarkeitsproblem‘ verhandelt wird, darf nicht mehr nur als eine Frage individueller Lebensgestaltung oder der individuellen Durchsetzung persönlicher Ansprüche gelten. Die Frage der Verteilung von Arbeit ist eine Frage der Kultur; eine Frage dessen, „in welcher Art von Gesellschaft wir leben möchten“ (Reichenbach 2000: 125), und damit eine Frage von Politik. Dafür muss jenseits klar definierbarer individueller Einzelinteressen um gesellschaftliche Deutungsmacht gerungen werden.

Entscheidend ist dabei, nicht nur die hegemonial verfügbaren sozialen Identitäten zur Disposition zu stellen, die Gegenstand von Politik sind, sondern vor allem die hegemoniale Position des individualisierten politischen Subjekts – und damit auch die dominierende Vorstellung von Politik, die sich auf individuelle Interessen formulierende und sie vertretende AkteurInnen stützt. Das zu unterlaufen wäre die Voraussetzung dafür, dass erneut eine kulturelle Bewegung zum Subjekt „wachrückelnder“ Politik werden kann.

Literaturverzeichnis

- Allmendinger, Jutta. (2009). *Frauen auf dem Sprung. Wie junge Frauen heute leben wollen. Die BRIGITTE-Studie*. München: Pantheon
- Beck-Gernsheim, Elisabeth. (1983). Vom „Dasein für andere“ zum Anspruch auf ein Stück „eigenes Leben“. Individualisierungsprozesse im weiblichen Lebenszusammenhang. *Soziale Welt*, 34, 307–340
- Bertelsmann Stiftung. (Hrsg.). (2008). *Null Bock auf Familie? Der schwierige Weg junger Männer in die Vaterschaft*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung
- Brigitte.de. (2008, 26. März). *BRIGITTE-Studie 2008: Frauen auf dem Sprung*. Zugriff am 30. Juli 2010 unter www.brigitte.de/gesellschaft/politik-gesellschaft/frauen-auf-dem-sprung-567222/
- Brigitte.de. (2009, 7. September). *BRIGITTE-Studie 2009: „Diese Frauen machen keinen Rückzieher“*. Zugriff am 30. Juli 2010 unter www.brigitte.de/gesellschaft/politik-gesellschaft/brigitte-studie-2009-allmendinger-1034143/
- Bürger, Carsten. (2007). Von erschöpften Künstlern und prekären Dilettanten. Gegenwärtige Subjektivität und kritisch-politische Bildung. In Michael Wimmer; Roland Reichenbach & Ludwig Pongratz (Hrsg.), *Gerechtigkeit und Bildung* (S. 159–176). Paderborn: Schöningh
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2007, 6. März). *20-jährige Frauen und Männer heute. Lebensentwürfe, Rollenbilder, Einstellungen zur Gleichstellung*. Eine qualitative Untersuchung von Sinus Sociovision für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zugriff am 12. April 2011 unter <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/sinus.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

- Hark, Sabine. (1996). *Deviante Subjekte. Die paradoxe Politik der Identität*. Opladen: Leske + Budrich
- Holland-Cunz, Barbara. (2003). *Die alte neue Frauenfrage*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Laucilau, Ernesto & Mouffe, Chantal. (2006). *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. 3. Aufl. Wien: Passagen Verlag
- Lemmermöhle, Doris; Große, Stefanie; Schellack, Antje & Putschbach, Renate. (2006). *Passagen und Passantinnen. Biographisches Lernen junger Frauen. Eine Längsschnittstudie*. Münster: Waxmann
- Mouffe, Chantal. (2007). Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft. In Martin Nonhoff (Hrsg.), *Diskurs und radikale Demokratie* (S. 41–53). Bielefeld: transcript
- Plößer, Melanie. (2005). *Dekonstruktion – Feminismus – Pädagogik. Vermittlungsansätze zwischen Theorie und Praxis*. Königstein: Helmer
- Reckwitz, Andreas. (2004). Die Politik der Moderne aus kulturtheoretischer Perspektive: Vorpolitische Sinnhorizonte des Politischen, symbolische Antagonismen und das Regime der Gouvernementalität. In Birgit Schwelling (Hrsg.), *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien – Methoden – Forschungsperspektiven* (S. 33–56). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Reckwitz, Andreas. (2008). *Subjekt*. Bielefeld: transcript
- Reichenbach, Roland. (2000). Die Ironie der politischen Bildung – Ironie als Ziel politischer Bildung. In Roland Reichenbach & Fritz Oser (Hrsg.), *Zwischen Pathos und Ernüchterung. Zur Lage der Politischen Bildung in der Schweiz* (S. 118–130). Freiburg/CH: Universitätsverlag
- Thon, Christine. (2003). Frauenbewegung – Bewegungsgenerationen – Generationenbruch? Generationenkonzepte in Diskursen der Frauenbewegung. *Feministische Studien*, 1, 111–122
- Thon, Christine. (2008). *Frauenbewegung im Wandel der Generationen. Eine Studie über Geschlechterkonstruktionen in biographischen Erzählungen*. Bielefeld: transcript
- Villa, Paula-Irene. (2003). Woran erkennen wir eine Feministin? Polemische und programmatische Gedanken zur Politisierung von Erfahrungen. In Gudrun-Axeli Knapp & Angelika Wetterer (Hrsg.), *Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II* (S. 266–285). Münster: Westfälisches Dampfboot

Zur Person

Christine Thon, Dr. phil., Juniorprofessorin für Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt Geschlechterforschung an der Universität Flensburg. Arbeitsschwerpunkte: Qualitativ-empirische Geschlechterforschung, Bildung und (Geschlechter-)Politik, Erziehungswissenschaftliche Subjektkonzeptionen

Kontakt: Universität Flensburg, Institut für Allgemeine Pädagogik und Erwachsenenbildung/Weiterbildung, Auf dem Campus 1, 24943 Flensburg

E-Mail: christine.thon@uni-flensburg.de